



Kroatien

(Parlamentarisch-demokratische Republik)



Quelle: CIA World Factbook

Politische Stabilität:

Seit Oktober 2005 verhandelt Kroatien mit der Europäischen Union über den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft. Die Verhandlungen gehen alles in allem zügig voran, und die von der HDZ (Kroatische Demokratische Union) gestellte Regierung hofft, dass bis zu den Europawahlen 2009 Kroatiens Aufnahme in die Europäische Union vollzogen sein wird. Allerdings gibt es noch unbefriedigende Entwicklungen in den Bereichen Justiz und Korruptionsbekämpfung, die diesen Beitritt verzögern könnten. Als eine positive Entwicklung gilt dagegen die Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das Ehemalige Jugoslawien und die angekündigte Bereitschaft der Regierung, die durch Kroaten im Krieg begangenen Verbrechen zu untersuchen.

Menschenrechtssituation:

Auch wenn die kroatische Regierung die Menschenrechte der Bürger grundsätzlich respektiert, gab es in der letzten Zeit auf diesem Gebiet zahlreiche Probleme.

Zu den wichtigsten gehören die Rückkehr und die Reintegration der kroatischen SerbInnen und die Übernahme der Verantwortung für kroatische Kriegsverbrechen, die in den Jahren 1991-95 begangen worden sind. Die anhaltende Gewalt und Einschüchterung gegenüber SerbInnen blieb im Jahre 2006 trotz offizieller Missbilligung der Regierung an der Tagesordnung. Auch die Aufklärungsrate dieser Straftaten bleibt gering.

Gemeldet werden Einschüchterungen von ZeugInnen in Gerichtsverfahren, die den Krieg betreffen, politische Beeinflussung der RichterInnen und Anhäufung der Fälle in Gerichten. Beunruhigend sind auch partiische Gerichtsverfahren von serbischen, beziehungsweise kroatischen Kriegsverbrechen.

Das Grundgesetz über nationale Minderheiten ist weitgehend nicht umgesetzt. Neben SerbInnen werden auch andere ethnische und religiöse Minderheiten (v.a. Roma) diversen Diskriminierungspraktiken ausgesetzt.

Besorgniserregend ist die hohe Zahl der häuslichen Gewalt gegenüber Frauen. Die Anzahl der Empfangs- und Betreuungsstellen für die Betroffenen ist ebenfalls nicht zufrieden stellend. Es mangelt

zudem an klaren Richtlinien für Behördenmitglieder im öffentlichen Sektor, wie gegen Gewaltakte gegenüber Frauen vorgegangen werden soll.

Diskriminierungen gegenüber Homosexuellen und HIV/AIDS-Kranken stellen ein grosses gesellschaftliches Problem dar. Es kommt vor, dass Zahnärzte oder Klinikpersonal die Behandlung verweigern. In Kroatien existiert keine Sonderregelung, die den Datenschutz der HIV-kranken Kinder garantiert.

Auch wenn gesetzlich verboten, bildet der Menschenhandel, der sowohl Frauen als auch Minderjährige betrifft, ein weit verbreitetes Problem.

Die Bedingungen in Gefängnissen und in Untersuchungshaft sind laut Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte unbefriedigend. Überfüllte Zellen sowie mangelhafte Hygieneverhältnisse und medizinische Versorgung bilden neben Korruption und steigender Zahl von jungen Inhaftierten die wichtigsten Kritikpunkte.

Asylstatistik (Stand Dezember 2006):

Total im Asylprozess: 63

Total im Verfahren: 4

Total im Vollzug: 59

Neue Asylgesuche im Zeitraum Januar-Dezember 2006: 6

Asylgewährungen: 2006 (0), 2005 (4), 2004 (2)

Negative Entscheide: 2

Vorläufige Aufnahmen: 15

NEE: 10

Quellen: Auswärtiges Amt; EDA; U.S. Department of State; Bundesamt für Migration, Asylstatistik 2006, 2005, 2004; UNHCR; Amnesty International; SFH.